



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzettelnummer 296. Inseritionsgebühr für die Pettizeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Gerden zu richten. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 19

Charlottenburg, den 8. Mai 1903

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Gewerkschaft und Reichstagswahl.

Von Theodor Guly.

(Nachdruck verboten.)

Wie immer man sich auch zu der alten Streitfrage stellen mag, ob die Gewerkschaften sich auch mit politischen Dingen befassen sollen oder dürfen, man wird ihnen das Recht und das Interesse daran, inwieweit bedeutendere politische Vorgänge für die Lebensfragen der Gewerkschaften entscheidend seien oder werden, nicht absprechen können. Ein solcher Vorgang bedeutendster Art ist die diesjährige Neuwahl des Deutschen Reichstags, dessen Gesetzgebungs-Periode bekanntlich fünf lange Jahre dauert.

Für die Gewerkschaften liegt nun die Frage äußerst nahe, ob und event. inwieweit sie von dem Ausfall dieser Wahlen berührt werden.

Nehmen wir an, es würde den bürgerlichen Parteien gelingen, die sozialdemokratische Partei ein gut Stück hinter die von ihr jetzt eingenommene Linie zurückzudrängen. Wie die Dinge in Deutschland im Augenblick liegen, kann kein Zweifel sein, daß für diesen Fall die Pläne der Sozialdemokraten im Reichstage nicht von den Freisinnigen, sondern in der Mehrzahl von den noch mehr rechtsstehenden Parteien eingenommen würden, abgesehen davon, daß auch eine Vermehrung der freisinnigen Mandate bei den für die Arbeiterwelt wichtigeren Fragen keine günstigere Bedeutung für die Arbeiter hätte.

Was hätten nun die Gewerkschaften von dem Konzert der bürgerlichen Parteien zu erwarten, wenn diese sich in der Harmonie, wie beim Zolltarif noch in stärkerer Besetzung zusammenfinden könnten?

Zunächst würde Alles versucht werden, die Handelsverträge, welche sehr bald als Vorlagen an den Reichstag gelangen dürften, zu hintertreiben. Gelingt es nicht, so wird der Zolltarif mit seinen enorm hohen Sätzen, wie er Ausgangs vorigen Jahres von der

Zollwucher-Parteien mit bisher unerhörten Mitteln durchgedrückt wurde, Geltung gewinnen und uns in der Folge in den Zollkrieg mit fast allen wichtigeren Ländern bringen. Aber selbst wenn es zu Handelsverträgen käme, so würden in denselben grade in Bezug auf die wichtigsten Import-Artikel so hohe Zollsätze vorgesehen sein, daß die Lebenshaltung des Arbeiters schon dadurch erheblich beeinträchtigt überdies aber auch die Gegenländer für unsere wichtigeren Industrie-Produkte sich höhere Zollsätze ausbedungen haben würden, als für die Räumung unserer überfüllten Waarenlager und die Neubelebung des deutschen Geschäfts gut sein könnte. Der Druck, der auf unserem Wirtschaftsleben lastet, hat aber einen solchen Umfang der Arbeitslosigkeit zur Folge, daß auch der Preis der Arbeit mehr und mehr gedrückt wird und der Widerstand der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade gegen Lohndruck und dergl. abzuflauen neigt, — ein Zustand, der mit der Dauer an Intensität wächst. Es ist bekannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression auch die bestfundierten Organisationen gar manche Errungenschaft besserer Tage oder schwerer Kämpfe schwinden sehen und die Wiedereinbringung des Verlorenen auf günstigere Zeiten verschieben müssen.

In solchen Perioden finden wir natürlich auch eine bedeutendere Zahl tüchtigerer Arbeiter auf der Wanderschaft, als sonst, was für die Gewerkschaften eine erhebliche Vermehrung ihrer Ausgaben für Reiseunterstützung bedeutet, andererseits gehen in solchen Perioden den Gewerkschaften auch viele Mitglieder verloren, die die Beiträge nicht erschwingen zu können glauben.

Sind die Gewerkschaften also mit der Zahl ihrer Mitglieder, mit den Beiträgen derselben und mit den Aufwendungen für dieselben, mit Umfang und Intensität ihrer Tätigkeit sehr wesentlich von dem allgemeinen Wirtschaftsleben beeinflusst, so haben sie nicht nur ein lebhaftes Interesse daran, daß Nichts

unterlassen werde, was die Märkte zur Aufnahme von Waaren fähiger machen oder neue Kräfte gewinnen könnte, sondern mindestens in dem gleichen Maße auch daran, daß Alles unterbleibe, was den Druck der Massen sogleich in's Ungeheuerliche steigert. Es gehört gar nicht allzuviel dazu, die bürgerlichen Parteien doch insoweit zu einer reaktionären Masse zusammenzubringen, daß Forderungen, die das Proletariat seit langem auf das Entschiedenste bekämpft und die doch immer wieder von der Regierung durchgedrückt werden, auch im neuen Reichstag wieder eine neue und gefügige Mehrheit finden. Wenn die sozialdemokratische Partei nicht eine erheblich größere Zahl von Mandaten gewinnt, als sie zur Zeit inne hat, so werden ein neues Armeekorps, neue Artillerie-Bewaffnung und Vermehrung der Kavallerie, sowie neue Schiffskolosse und andere Unsummen erfordernde Gaben dem unersättlichen Moloch Militarismus in den nächsten Jahren gewährt werden. Die Kosten für diese Bewilligung sind aus den Matrikularbeiträgen der Bundesstaaten und vorhandenen Steuerquellen des Reiches nicht aufzubringen, umföweniger, als dieselben bei der allgemeinen wirtschaftlichen Kalamität auch an Ergiebigkeit erheblich zurücktreten, andererseits liegt den reaktionären Parteien nichts ferner, als ihre Freigebigkeit durch eine Reichs-Einkommensteuer zu fundiren.

Bielmehr werden sie sich, wenn sie irgend können, von Neuem auf die Produkte und Rohstoffe der Tabak- und der Branndustrie stürzen, und so die wenigen, ohnehin schon kärglichen dem Genuße, der Erholung und notwendiger Anregung dienenden Mittel dem Arbeiter vertheuern bezw. verschlechtern, wobei noch nicht einmal ausgeschlossen wäre, daß je nach Macht und Neigung jener Parteien auch noch andere wichtige Bedarfsartikel der Arbeiterfamilie zu gleichen Zwecken von Neuem herbeiführen müßten. Die so herbeigeführte weitere Beeinträchtigung der

Lebenshaltung würde von den Gewerkschaften ebenso empfunden werden, wie diejenige, welche durch Verschlechterung des Weltmarktes erfolgt.

Aber es giebt noch andere Gruppen der Gesetzgebung, durch die das Lebensinteresse der Gewerkschaften noch erheblich mehr beeinträchtigt werden kann. In der neuen Gesetzgebungs-Periode wird — das ist zweifellos — die Revision des Reichsstrafgesetzbuchs vorgenommen werden. Nichts steht im Wege, daß zur Zeit in besonderen Gesetzen behandelte Strafbestimmungen ganz oder theilweise — auch nach Macht und Neigung der Parteien — in das neue Gesetzbuch hinübergenommen werden. Von den hier in Betracht kommenden Momenten seien nur drei hervorgehoben.

Was ist nicht schon alles versucht worden, um den sogenannten Streikposten den Garaus zu machen?! Es ist nicht gelungen. Eine reaktionäre Mehrheit würde indes, ohne mit der Wimper zu zucken, durch entsprechende Fassung des Paragraphen betr. den „groben Unfug“ oder noch schwerer wiegender Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs (Beleidigung, Widerstand, Landfriedensbruch, Nöthigung, Hausfriedensbruch) das Streikpostenstreichen durch so harte Strafen bedrohen, daß es doch wohl unterbleiben müßte.

Ferner. Der § 153 der Gewerbeordnung*) der heute schon die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber zurücksetzt und nur Erstere in seinen Maschen hängen bleiben läßt, paßt unseren Scharfmachern schon nicht, weil er „nur“ drei Monate Gefängniß als Höchststrafe vorsteht, wie ja auch bekanntlich die Umsturz- und Zuchthaus-Gesetz-Vorlagen eine erhebliche Verschärfung dieser Strafe vorgesehen hatten. Wer will die Reaktionäre, wenn sie im Reichstag in der Mehrheit sind, daran hindern, diese Materie durch das Reichsstrafgesetzbuch in einer ihren Wünschen mehr zusagenden Weise zu regeln?!

Und — zum Dritten — wer wird für diesen Fall die reaktionäre Masse im Parlament hindern, die schon unternommenen Versuche, den Expressions-Paragraphen des Strafgesetzbuchs bei Lohnkämpfen in Anwendung zu bringen, die stellenweise schon gelungen sind, aber heute doch auf schwacher Basis stehen und einer weitgehenden Auslegungskunst nicht entzogen können, für die Zukunft gesetzlich so zu fundamentieren, daß dieser Paragraph ohne Schwierigkeiten der Auslegung bei der Vernichtung des Koalitionsrechts die „besten“ Dienste leisten könnte?!

Ganz gleichgültig kann es den Gewerkschaften auch nicht sein, ob ihre Agitatoren und die Redakteure ihrer Presse, auch ihre Mitglieder, die im Kampfe um ihr gutes Recht in den Maschen der Strafgesetze hängen bleiben, wie gemeine Verbrecher in den Gefängnissen und auf dem Transporte behandelt werden. Die Frage des Strafvollzugs wird bei der Revision des Strafgesetzbuchs auch zur Erörterung gelangen und an ihrem Ergebnis ist somit jede Gewerkschaft auch erheblich interessiert.

Endlich werden die bürgerlichen Mehrheits-Parteien bei solchen Erfolgen sich sicherlich Mühe geben, den Hauptzug zu thun, den sie seit langen Jahren inbrünstig herbeisehnen.

*) Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Berrückelung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) theilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

Sie werden sich in solchem Falle garnicht besinnen, dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu nehmen, wie es noch dieser Tage durch die „Kreuzzeitung“ deutlich genug geworden ist. In Beziehung auf die Frage der Abschaffung der geheimen Abstimmung zur Zeit Puttkamers in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts äußerte sich das genannte Junker-Organ:

„Die Konservativen haben damals gegen eine solche Aenderung des Reichstagswahlrechts keinerlei Einspruch erhoben. Wenn konservative Reichstagsabgeordnete sich mehrfach anders ausgesprochen haben, so haben sie doch niemals gesagt, daß das gegenwärtige Reichstagswahlrecht für sie „unantastbar“ sei. Sie haben in der Regel auf Anfragen nur erklärt, daß sie zur Zeit eine Aenderung desselben nicht herbeigeführt sehen wollen.“

Wenn dieser Zug, die Beseitigung des jetzigen Wahlrechts glücken würde, so würden die Gewerkschaften sehr bald ganz empfindlich merken, daß sie die Kosten dieses Fischzugs zu einem sehr guten Theil zu tragen haben. Denn mit einem Klassen-Wahlrecht, wie es zur Zeit in Sachsen und Preußen besteht, würde ein Reichstag zusammen kommen, der mit herzlichstem Vergnügen das Koalitionsrecht illusorisch machen, vielleicht den § 152 der Gewerbeordnung d. h. die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ganz aufheben würde. Man bilde sich nicht etwa ein, daß das unter allen Umständen für Deutschland ausgeschlossen sei. Würde die sozialdemokratische Partei auch nur einmal an Mandaten erheblich verlieren, so würden die reaktionären Parteien diese gute Gelegenheit gründlich ausnützen, daß sie vor Nichts zurückschrecken, haben sie doch ihre Gewaltakte bei der Durchpeitschung des Zolltarifs gezeigt, und es hat auch schon damals nicht an Stimmen auf jener Seite gefehlt, daß man mit dieser „kleinen“ Probe zeige, wie es anzufangen sei, um sich über die beiden Kardinalfragen Wahlrecht und Koalitionsrecht mit der Arbeiterschaft auseinanderzusetzen.

Und ein solcher Rückschlag kann — wenn auch nur vorübergehend — für die sozialdemokratische Partei eintreten, wenn ihre Anhänger sich zu großer Siegeszuversicht hingeben. Siegeszuversicht erhöht den Muth, sie giebt aber Keinem das Recht die eigene Pflicht zu versäumen.

Wenn die sozialdemokratische Partei ungefähr so stark wie bisher in den neuen Reichstag einzieht, so wird sie das geltende Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wenigstens nach dem Wortlaut des Gesetzes, auch härtere sich gegen das Koalitionsrecht richtende Strafbestimmungen zu verhüten wissen, während sie auf wirtschaftlichem Gebiete den Abschluß von Handelsverträgen durchsetzen würde.

Aber das ist nicht genug. Wenn die ungeheuren neuen Forderungen für Heer und Marine und neue erhebliche indirekte Steuern, deren schwere Nachteile für die Gewerkschaften wir hier erörtert haben, abgewehrt werden sollen, so muß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten erheblich größer werden. Nur dann wird es auch möglich sein, bei der Revision des Strafgesetzbuchs die Interessen der Gewerkschaften in positiver Weise zu berücksichtigen. Vor Allem aber würden dann unserer gesammten Wirtschaftspolitik neue Bahnen gewiesen werden, die zur rascheren Ueberwindung der Krisis und so zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führen würden. Würde sich somit auch die wirtschaftliche Situation des

Proletariats heben, so würden dadurch auch die Gewerkschaften innerlich erstarren und an Wirkungskraft gewinnen.

Soll aber die sozialdemokratische Partei bei den diesjährigen Wahlen einen großen Zuwachs von Mandaten haben, dann müssen freilich alle wahlfähigen Männer, die sich in den Gewerkschaften befinden, dann müssen Alle, die die Gewerkschaften nicht als Spielzeug betrachten, die es mit dem wirtschaftlichen, physischen, intellektuellen Fortschritt der Arbeiterklasse ehrlich meinen, ohne jeden Rückhalt am 16. Juni für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Nur so wird es der sozialdemokratischen Partei möglich sein, die bisherigen Mandate wieder zu gewinnen und von einer größeren Reihe von Kreisen, die im Grunde schon länger der Sozialdemokratie gehören, neue Mandate zu erhalten, und nur so kann es möglich werden, daß die diesjährigen Reichstagswahlen auch zu Gunsten der Gewerkschaften ausfallen.

Zur Lage des Beihilfefonds

hat der Verbandskassirer in den Nummern 16 und 17 der „Ameise“ einen Artikel veröffentlicht, auf den die unterzeichnete Zahlstelle, in Folge der in demselben enthaltenen Vorwürfe, die einer beabsichtigten Beleidigung der Zahlstelle sehr ähnlich sehen, eingehen muß, trotzdem in der Nr. 9 der „A.“ der Vorstand bestimmt, daß die öffentliche Diskussion über die Beihilfefondangelegenheit am 1. Mai d. J. beendet sein soll. Hätte dieser Termin innegehalten werden sollen, so dürfte der Verbandskassirer mit der Veröffentlichung seines Artikels nicht bis kurz vor Thoreschluß warten. Konnte er denselben, so wie seine Tabellen, trotz der ihm bewilligten Schreibhülfe, die ihm neben seinem, von der Generalversammlung gewählten Hilfsbeamten durch den Vorstand gegeben wurde, nicht früher fertig stellen, so mußte er sich aller Angriffe und Anzuspungen enthalten. Dies hat der Verbandskassirer nicht gethan, sondern durch die Art und Weise, wie er einzelne Zahlstellen angreift, fordert er direkt zur Antwort heraus und diese soll ihm gegeben werden.

Wir werden dem Verbandskassirer in dem von ihm beliebten Ton, mit Verbandsmitgliedern zu sprechen, die schon Mitglieder des Beihilfefonds waren als er noch nicht an Verband noch Beihilfefond denken konnte, nicht folgen. Fast hat es den Anschein, als suche er seinen Amtsvorgänger in puncto Grobheit noch zu übertrumpfen.

Zur Sache selbst rechnet es sich die unterfertigte Zahlstelle nicht gering an (wenn sie auch nicht gerade „stolz“ darauf ist), durch ihre Resolution die Angelegenheit in Fluß gebracht zu haben. Trotzdem man sich im Vorstand ganz klar über die rapide Schwundung des Beihilfefonds-Vermögens war, und ganz richtig annahm, daß, wenn es so weiter ginge, über kurz oder lang der Bankrott unvermeidlich wäre, so bedurfte es doch erst der anderweitigen Anregung, (wobei ein Vorwurf nicht erhoben wurde), bevor der Vorstand der Angelegenheit näher trat und Aenderungsvorschläge machte.

Dem Verbandskassirer scheint nun das „Einrühren“ der Sache nicht zu passen. Von einem „Einrühren“ kann hier aber durchaus garnicht die Rede sein; erstens war es das gute Recht der Zahlstelle, diese Anregung zu geben, zweitens „rührte“ diese nicht nur, sondern machte in ihrer Resolution (siehe „A.“ Nr. 51, 1902) auch positive Vorschläge, die freilich zum großen Theil vom Vorstande nicht gut geheißten wurden. Gleichviel, die

Zahlstelle gebrauchte ihr Recht und dem Verbandskassierer steht es als Verbandsbeamten am allerwenigsten zu, daraus der Zahlstelle einen Vorwurf zu machen, ihr daraus einen Strick zu drehen.

Der „Wald“ von Anträgen (in dem sich der Verbandskassierer hoffentlich nicht verlaufen wird, er ist ja garnicht so ungeheuer groß) beweist, daß es nur der Anregung bedurfte, um die Mitglieder auf den Plan zu rufen. Dies zu thun, wäre freilich besser Sache des Vorstandes gewesen. Weiter hat auch die „Einrichtung“ der Angelegenheit seitens Moabits den nicht zu unterschätzenden Werth der Veröffentlichung der Tabellen zur Folge. Wir sind damit, trotzdem Moabit in Tabelle 3 an fünfter Stelle „prangt“, sehr zufrieden.

Nur hätte auch noch angeführt werden können, wieviel Beihilfemittelglieder wegen der im 4. April 1901 ausgeschriebenen Extrabeiträge ausgetreten sind oder gestrichen werden mußten. Wären derartige Tabellen schon früher veröffentlicht worden, so hätten die Mitglieder auch schon früher eine einheitlichere Uebersicht über den Stand des Beihilfens erhalten, als wie dies durch die Quartalsabschlüsse geschehen konnte. Also, Moabit als die Mörglerin und Drückerin „prangt“ an fünfter Stelle! Hat sich denn nun auch der Verbandskassierer mal etwas näher mit den ganz besonderen Verhältnissen in der Zahlstelle beschäftigt? Aus der Tabelle geht hervor, daß gerade die beiden letzten Jahre für die Zahlstelle so verhängnisvoll wurden, daß sie den ihr zugewiesenen Platz einnehmen mußte. Wie liegen nun thatsächlich die Verhältnisse in Moabit? Die große Mehrzahl der Beihilfemittelglieder gehört demselben seit langen Jahren, zum Theil seit der Begründung an, sind also alles Leute in verhältnismäßig weit vorgeschrittenem Alter. Eine Zuführung junger Mitglieder hat nur sehr selten stattgefunden, jetzt um so weniger, als von den früher in Moabit bestandenen 4 Fabriken keine mehr besteht. Dazu kamen in den letzten Jahren die langen Krankheiten einzelner Mitglieder mit darauffolgenden Todesfällen. (Wir erinnern nur an den Vorgänger des Hilfsbeamten, den Gen. Huve, ebenso an das ausgesteuerte Mitglied John, der vorher kein „Moabiter“ war.) Dies giebt nun dem Verbandskassierer Veranlassung, der Zahlstelle Moabit den versteckten Rath zu ertheilen, daß sie lieber hätte schweigen sollen, als etwas anderes läßt sich doch das „eingedrückt haben“ nicht auffassen. Meint denn der Verbandskassierer, eine jede Zahlstelle, die durch besondere Verhältnisse, wie Moabit, leider nun in letzter Zeit mehr verbraucht als sie einzahlte, hätte nun nicht das Recht mitzureden, wenn es sich um eine Institution innerhalb des Verbandes handelt? Wahrlich eine ganz eigenartige Anschauung, die hoffentlich noch nicht bei allen Verbandsbeamten Platz gegriffen hat. Der Verbandskassierer hätte sich seiner Angriffe auf unsere, wie auch auf die Zahlstelle Buckau, lieber sparen sollen, er hat sich dadurch sicher bei keinem einsichtsvollen Mitglied ein besonderes Verdienst erworben, vielmehr wird das Gegentheil der Fall sein.

Haben wir nun schon vorher gesagt, daß Moabit nur sein Recht gewahrt hat, als es dem Vorstand die betr. Resolution unterbreitete, die, wie ersichtlich, positive Vorschläge ohne Vorwürfe in sich barg, so fällt auch der recht unschöne Vorwurf des Verbandskassierers, der Vorwurf des „Drückens der Moabiter“. Dem Verbandskassierer ist der „Wald“ von Anträgen, zu dem sich ja nun auch noch ein „Wald“ von Tabellen gestellt hat, ja sowieso

schon zu dicht, wir hätten denselben sehr wohl noch dichter bepflanzen können, daß wir es nicht gethan haben, berechtigt nicht zu einem derartigen Vorwurf, am allerwenigsten aber zu Unterstellungen so gewöhnlicher Art, wie sie in dem Absatz: „Wo bleiben aber nun die Moabiter“, enthalten sind. Ueber die persönliche Auffassung des Verbandskassierers, in wie weit bei einer Agitationsreise der Vorstandsvertreter sich auch der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes anzunehmen hätte, streiten wir nicht! Das sind eben persönliche Ansichten! Unsere Ansicht geht dahin, daß, so lange derartige Einrichtungen innerhalb des Verbandes bestehen, unterstehen sie auch der besonderen Pflege und Fürsorge des Vorstandes. Ist der Vorstand der Ansicht, daß alle derartigen Einrichtungen dem Wesen des Verbandes nicht angepaßt sind, so soll er in entsprechender Form Abänderungsvorschläge machen, resp. die gänzliche Aufhebung solcher Einrichtungen an maßgebender Stelle beantragen. Wie weit die Mitglieder dann einer derartigen Anregung folgen würden, bleibe dahin gestellt. Wir wenigstens betrachten nach wie vor den Beihilfensfond als ein ganz hervorragendes Bindemittel und beweist der stärkere Austritt von Mitgliedern im 1. Quartal 1903 nicht das Gegentheil. Sobald die Verhältnisse des Beihilfens wieder geregelt sein werden, wird er auch wieder als gutes Mittel zum Zweck dienen. Nachdem wir schon zu Anfang unserer Ausführungen unser Einverständnis mit den sachlichen Darstellungen des Verbandskassierers bekundet haben, erklären wir uns auch mit dem am Schlusse des Artikels gegebenen Hinweis auf eine Umänderung des § 10 Abs. 3 des Reglements einverstanden, desgleichen decken sich die weiteren Andeutungen des Verfassers mit den in der Moabiter Resolution enthaltenen Anregungen. Die gestellten Anträge betr. haben wir einem solchen von Altwasser gestellten zugestimmt, der eine ähnliche Abstufung in der Bezugszeit von Unterstützung einführen will, wie sie im Verband besteht. Wir nehmen keineswegs an, daß, wenn der Antrag angenommen würde, dann die Kasse vor jedweden Mankos bewahrt bliebe; können aber bei Annahme desselben trotzdem nur Günstiges für den Beihilfensfond erhoffen, auch dann, wenn dreißt einige solcher Mitglieder abspringen würden, die neben ihrer Sympathie für Kampforganisation doch auch je eher je lieber ihre Unterstützungsansprüche geltend machen möchten.

Als geeignet zur sofortigen Hebung der Klassenverhältnisse kann Antrag Farge angesehen werden; wenn derselbe zur Abstimmung kommt, dürften die „Moabiter“ demselben wohl zustimmen. Für den Antrag unserer „Leidensgenossen“ in Buckau die obligatorische Einführung des Beihilfens betr. konnte sich die Zahlstelle in ihrer Mehrheit nicht erwärmen. Es ist unserer Ansicht nach absolut keine Aussicht vorhanden, daß zu Gunsten einer Minderheit, die ca. 7000 dem Beihilfensfond nicht angehörenden Verbandsmitglieder dem Antrag auf obligatorische Einführung zustimmen werden, der Spektakel würde anlässlich einer solchen Abstimmung groß sein und nur schädlich auf die Gesamtorganisation wirken.

Was den Vorschlag bezüglich der Aenderung des § 10 Abs. 3 anbelangt, so möchten wir zu unserm schon oben dazu angeführten noch bemerken, daß es sich eigentümlich anhört, wenn der Verbandskassierer sich und vielleicht auch seinen Hilfsbeamten Tobias, die ja beide auch seit November 1902 Mitglieder des Beihilfensfonds sind, anscheinend ein besonderes Verdienst zurechnet, weil sie einige

drastische Fälle zu Tage förderten, welche als Begründung zu einer Aenderung des betreffenden Paragraphen dienen. Aber, wer anders als diese Beamten ist denn in der Lage, überhaupt solche Fälle zu konstatieren? Doch nicht etwa die einzelnen Beihilfensfondmitglieder, doch nicht etwa eine Zahlstelle, und sei es auch die der „rebellischen Moabiter“? Doch nur die Beamten allein sind im Besitze der Gesamt-Stammrolle, nur sie können wissen an was, wie oft, ein Mitglied krank und wie dessen Krankheit anzureichen ist. Oder es kann dies auch der Kassierer der betreffenden Zahlstelle wissen zu der das Mitglied gehört. Wenn nun derselbe, was ja zulässig ist, kein Mitglied des Beihilfensfonds ist und naturgemäß kein so großes Interesse an diesem nimmt, wie es die beiden Beamten Herden und Tobias zeigen, nun, dann bleiben eben solche Fälle in den Akten der Hauptverwaltung begraben bis der Verbandskassierer oder dessen Hilfsbeamter sie öffentlich „feststellt.“ Das ist aber lediglich ihre Pflicht und es ist, wie schon gesagt, eigentümlich, aus der Feststellung eines, oder noch eines Falles, damit ein besonderes Interesse (obwohl uns davor nicht „graunt“) für unsern Beihilfensfond beweisen zu wollen. Wir können uns der Ansicht des Verbandskassierers, daß eine Aenderung des § 10 Abs. 3, wonach jede Arbeitsunfähigkeit an die vorhergehende angereicht wird, sofern seit Beendigung der letzten Arbeitsunfähigkeit bis Beginn der neuen noch nicht 52 Wochen verflossen sind, nur anschließen, hätten aber gewünscht, daß er gleich zu Anfang der durch die Moabiter „eingedrückt“ Bewegung im Beihilfensfond, mit diesem seinen Vorschlag gekommen wäre. Haben von den zehn Moabitern, die an der Abstimmung über den Vorstandsantrag (25 pSt. Kürzung der Beihilfe) 6 für diesen und nur 4 dagegen gestimmt, so würden wir für eine Aenderung des § 10 Abs. 3 in obigem Sinne Alle zu haben sein. Schon deswegen, weil der Vorschlag des Verbandskassierers sich ja im Wesentlichen deckt mit unserm, dem Vorstand in der Resolution Moabit (Nr. 51 Jahrgang 1902) unterbreiteten Vorschlag, die Bezugsdauer der Beihilfe zu reduzieren.

Wenn in unseren Ausführungen etwa dieser oder jener Satz durch seine Form bei der Kollegenschaft den Gedanken aufkommen lassen könnte, als wollten wir dem Vorstand, in diesem Falle dem Verbandskassierer das Leben schwer zu machen suchen durch derartige Veröffentlichungen, so wollen wir ausdrücklich konstatieren, daß dies thatsächlich nicht unsere Absicht ist. So sachlich unsere Veröffentlichung in Nr. 51 der A. 1902 war, ebenso hätten wir auch weiter öffentlich diskutiert, ohne jede Schärfe und nur von dem Grundsatz geleitet: Das Beste für eine Verbandseinrichtung erwirken zu wollen, wobei wir das Gute nehmen, von welcher Seite es auch kommen mag.

Aber wenn eine Zahlstelle in solcher, gelinde gesagt, groben Form angegriffen wird, würde sie sich mit Recht den Vorwurf des „Drückens“ zuziehen, wenn sie darauf nicht einigermaßen antworten würde.

Wir hoffen schließlich, daß der Verbandskassierer sich für die Zukunft, vor thatsächlich nur aus Interesse für eine Unterstützungseinrichtung hervorgegangenen Anregungen nicht mehr „graunt“, umsomehr nicht, als ihm von uns ja durchaus nicht Interesselosigkeit vorgeworfen wurde. Wir grauen uns keineswegs vor dem Erfolge unseres „Einrührens“ wenn wir auch nicht gerade „stolz“ darauf sind. Das überlassen wir gern unseren

Organisationsleitern, wenn sie immer mit ihren taktischen Maßnahmen, sowohl für den Verband als auch dem Beihilfefond Erfolge erzielen.

Die Zahlstelle Berlin-Moabit.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Sperren.

Die **Vollsperr**e besteht über Tillowitz und Firma Reinecke-Eisenberg, Albersweiler.

Halbsperren:

Alexandrinenthal (Fa. Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gerick G. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Baetsch), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heikner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Wogt), Königszelt, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Almenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Bezüglich der Halbsperr

1. Nach halbgesperren Orten werden Fahrgelder gezahlt, wenn sonst nach dem Statut Anspruchsberechtigung vorliegt. Mitglieder, die in halbgesperren Betrieben Arbeit nehmen, behalten in Bezug auf Unterstützung und Fahrgelder ihre statutarischen Rechte, wenn nicht ein Fall nach Ziffer 2 vorliegt.

2. Bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit wird weder Unterstützung noch Fahrgeld gewährt, bei Entlassung wegen Verbandstätigkeit nur dann, wenn diese Tätigkeit infolge besonderen direkten Auftrages des Vorstandes ausgeübt wurde.

3. Ueberall, wo die Unternehmer oder ihnen gefügige Werkzeuge unsere Mitglieder systematisch nöthigen, von Unternehmern geschaffenen oder protegirten Vereinen, Unterstützungs- oder Zuschußklassen beizutreten, oder wenn sie die nachgesuchte Einstellung in ihren Betrieb davon abhängig machen, ist den Mitgliedern der Beitritt zu solchen Vereinen bzw. Klassen gestattet. Mitglieder, welche es unterlassen von diesem Beitritt dem Vorstand sofort Mittheilung zu machen, würden allerdings ihre Anrechte im Verbandsverbande verlieren.

Soweit unsere Mitglieder in jenen Vereinen bzw. Klassen Anrechte auf Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung erwerben, tritt in unserem Verbandsverbande Kürzung der Unterstützung so weit ein, daß die beiderseitige Unterstützung den Betrag nicht übersteigt, in dessen Höhe das Mitglied in unserm Verbandsverbande bzw. Beihilfefond versichert ist. Entsprechend einer Kürzung in der Höhe der Unterstützung oder Beihilfe wird dafür die Dauer der Bezugsberechtigung verlängert.

Wenn das Mitglied aus solchem Arbeitsverhältnis ausscheidet, also jenem Zwange nicht mehr unterliegt, muß es auch aus diesen Zwangsklassen ausscheiden, sobald seine mit dem Entlassungsfalle etwa verknüpften Ansprüche an diese Klassen befriedigt sind.

4. **Alle** Mitglieder, welche in Betrieben arbeiten (gleichviel, ob gesperrt oder nicht) wo sie ihre Mitgliedschaft verheimlichen müssen, sind **verpflichtet**, sich der Zahlstelle Berlin II. anzuschließen, auch dann, wenn sich am Ort ihrer Beschäftigung eine Zahlstelle befindet. (Adr. d. Kass.: Karl Munk, Berlin SO, Reichenbergerstr. 28, Hof II.)

Der Verbandsvorstand.

Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Umschreibung d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefordert:

Althaldensleben, Coburg, Hermisdorf, Hirschberg, Hüttensteinach, Köppelsdorf Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg Schmiedefeld, Suhl.

W. Herden, Verbandskassirer.

Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Abschlüsse u. Gelder pro I. Quartal 1903** aufgefordert:

Adorf, Ahlen, Althaldensleben, Annaburg, Arneburg, Berlin I, Berlin II, Berlin-Moabit, Blankenhain, Bonn, Burgau, Burggrub, Charlottenburg, Coburg, Colditz, Darmstadt, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Eisenberg, Elberfeld, Eigersburg, Elsterwerda, Frankfurt a. D., Fraureuth, Fürstenberg a. W., Gera, Geringswalde, Gschwenda, Gräfenhain, Gräfenroda, Gräfenenthal, Großbreitenbach, Hamn, Hausen, Hermisdorf, Hirschau, Hirschberg, Hohenberg, Jöhr, Hüttensteinach, Almenau, Käferthal, Kahla, Kamenz, Kapphütte, Kloster-Bebra, Kolmar, Köln-Chrenfeld, Köppelsdorf, Kronach, Küps, Langewiesen, Lauf, Lucka, Magdeburg, Manebach, Martinroda, Meissen, Meuselbach, München, Neustadt b. C., Roffen, Nürnberg, Nymphenburg, Oberhausen, Oberhohndorf, Oberköditz, Oberkockau, Ohrdruf, Plaue, Pöschappel, Probstzella, Rathenow, Rehau, Reichenbach, Roda, Rudolstadt, Saargemünd, Schanberg, Schmiedefeld, Schney, Schönwald, Schramberg, Schwarza, Schwarzenbach, Schwelm, Selb, Sigendorf, Sondershausen, Sorau, Spandau, Stadtilm, Suhl, Tettau, Tirschenreuth, Uhlstädt, Untermhaus, Unterpörlitz, Unterweißbach, Wegesack, Wordamm, Waldeburg, Waldsassen, Weingarten, Wilda, Wittenberg, Wunsiedel, Zell.

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellenkassirer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch, gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungs-, 8 pCt.- und Streikfond einzusenden ist, ferner daß über **alle Ausgaben** den Abschlüssen die **Quittungen** beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen nicht beigelegt sind, werden nicht anerkannt.

W. Herden, Verbandskassirer.

Monatsberichte.

Von den Monatsberichten pro April, welche bis 5. Mai im Bureau eingehen sollten, ist bis dahin nur der vierte Theil eingegangen.

Trotz zwei- und dreimaliger öffentlicher Mahnung und trotz besonderen schriftlichen Ansuchens per Karte vom 28. 4. sind folgende Berichte noch nicht eingesandt (D. = Oktober, N. = Novemb., D. = Dezemb., J. = Januar, F. = Februar, M. = März):

Manebach D. N. D. J. F. M., Meuselbach F. M., München J. F. M., Neustadt J. F. M., Schwelm M.

Eingelangte Statistik.

6. Bis 1. Mai: Fürstenberg a. D. 6 Mitgl., Hohenberg 19 Mitgl., Bohenstrauß 19 Mitgl.
7. am 4. Mai: Hüttensteinach 185 Mitgl.
8. am 5. Mai: Gera 72 Mitgl., Gotha 147 Mitgl.

Hohenberg hat einen Kapseldreher und Bohenstrauß drei Formgießer auf Formulat C der Dreher mit eingerechnet. Das ist aber

falsch, da für den Kapseldreher, wie für die drei Formgießer, je ein besonderes Formular C Verwendung finden mußte. Für jeden engeren Beruf ist ein Formular C zu verwenden, selbst wenn es sich nur um ein Mitglied handelt. Es wird ersucht, den Hinweis zu beachten, damit in anderen Zahlstellen der Irrthum sich nicht wiederholt.

60. Vorstandssitzung vom 18. April 1903.

Entschuldigt fehlt Korn.

Von Breslau wird berichtet, daß auf Veranlassung des Unternehmers am 17. April Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes zwecks Beilegung der schwebenden Differenzen stattgefunden haben. Die Bedingungen, unter welchen nach der Vereinbarung, die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, liegen im Wortlaut vor und wird es als nothwendig erachtet, die Mitglieder in B. darauf aufmerksam zu machen, daß es in ihrem Interesse angebracht erscheine, die Vereinbarungs-Bestimmungen in eine präzisere Form zu fassen. Beschlossen wird, den Schriftführer nach B. zu delegiren, mit dem Auftrage, nach Rücksprache mit den Mitgliedern am Orte, mit dem Unternehmer noch einmal zu verhandeln, um die vereinbarten Bedingungen einer Revision zu unterziehen, ev. die Wiederaufnahme der Arbeit von dem Ergebnisse der Verhandlungen abhängig zu machen. — Von Eisenberg wird berichtet, daß die Firma Reinecke angekündigt hat, sofern die Sperr

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

61. Vorstandssitzung vom 21. 4. 1903.

Zuschriften von Arneburg, Kamenz und Wunsiedel (Bericht des Vorsitzenden des 16. Agitationsbezirktes über eine Versammlung in Hohenberg) sind mit Kenntnißnahme erledigt. — Der Schriftführer berichtet, daß in Breslau erneute Verhandlungen mit dem Unternehmer stattgefunden haben, in welchen die, vor dem Einigungsamt festgesetzten Bedingungen modifizirt, und von beiden Parteien unterschrieben worden sind. Die Arbeit ist auf Grund dieser Bedingungen am 10. April aufgenommen worden. Ein Vorschlag des Unternehmers, die schwebenden Prozesse rückgängig zu machen, findet nicht die Zustimmung des Vorstandes, in Rücksicht darauf, daß Fragen von prinzipieller Bedeutung für die Gesamtheit, zur Entscheidung vor einer höheren Instanz stehen. Indem der Vorstand in dieser Frage sich noch im Gegen-satz zum Unternehmer befindet, und insolgedessen mit erneuten Komplikationen gerechnet werden muß, bleibt die Sperr

eines Bibliothekschranks bewilligt. — Ein Antrag der Zahlstelle Regensburg, 20 Mark aus Verbandsmitteln zur Anschaffung des „Platen“. Die neue Heilmethode für die Bibliothek zu bewilligen, wird abgelehnt. — Die Zahlstelle Wicsau wird nach § 84 Abs. 4 d. St. aufgelöst.

Reichlisen. Dem Mitglied 6224 Schönwald wird die nachgesuchte Aufenthaltsveränderung bewilligt. — Die Zahlstelle Altwasser beantragt, daß die von ihr, im Verein mit weiteren 9 Zahlstellen beantragte Mitglieder-Abstimmung sofort ausgeschrieben werde. Beschlossen wird, der Zahlstelle mitzuteilen, daß der Vorstand nach Ablauf der für die öffentliche Diskussion gestellten Frist, erst in der Lage sein kann, zu den eingesandten Vorträgen Stellung zu nehmen, ev. Weiteres zu veranlassen.

G. Bollmann,
Vorsitzender.

F. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Die Zahlstellenverwaltung in **Eisenberg** theilt uns mit, daß die bei der Firma **Reinecke** dortselbst beschäftigten Dreher ihre Kündigung eingereicht haben, weil die Geschäftsleitung neben den bereits früher zwei entlassenen, wieder einen Dreher gesundigt hat.

Nach einer weiteren Mitteilung hat Herr **Reinecke** seinerseits nun allen anderen in der Fabrik beschäftigten Verbandsmitglieder gekündigt, wovon ca. 12 männliche und 5 weibliche Mitglieder betroffen werden. Die Berufsgenossen und Genossinnen allerorts mögen deshalb den Zuzug nach dieser Fabrik fernhalten um dadurch den entbrannten Kampf einem recht baldigen Ende entgegenzuführen zu können.

In **Grünstadt** (Rheinpfalz) Steingutfabrik stehen zur Abwechslung, die Pfeifenmacher in Differenzen. Auf die betreffenden Artikel ist ein Akkordlohn gesetzt, daß die Arbeiter bei einer 13—14stündigen Arbeitszeit die Woche im Durchschnitt 18—20 Mk. verdienen. Wenn sie am Tage angestrengt geschäft haben, müssen Abends zuhause noch die Stiele zu den Pfeifen gemacht werden, so geht wenigstens aus der Mitteilung hervor. Grund genug, um die Pfeifenmacher die etwa nach Grünstadt möchten, zur Vorsicht zu mahnen.

Die Porzellanfabrik **H. Rosenthal** und Co. N. G. **Selb** hat einen Reingewinn von 218,039 (gegen 204,226 im Vorjahre) erzielt und eine Dividende von 10 pCt. verteilt. An Arbeitslöhnen wurden 283,230 Mk. gezahlt. Für das laufende Geschäftsjahr seien die Aussichten günstig.

Mann und **Porzellan** N. G. Unterweißbach zahlt 9 pCt. gegen 12 im Vorjahre.

Die **Maisfeier** wird von der „Arbeitgeber-Zeitung“ als ein „Unfug“ als eine „läppische Demonstration“ bezeichnet. Sie ruft am 1. Mai: „Arbeitgeber werdet hart!“ Das heißt: der „Arbeitgeberzeitung“ Custos, soviel wie „Hüter“, läßt sich in seiner „Umschau für Arbeitgeber“ in dieser Weise über die Maisfeier aus. Daß diesem Custos und seinen Hintermännern andere Feiern als wie die des 1. Mai, z. B. Einzugsfeierlichkeiten für Potentaten, Geburtstagsfeier solcher, Sedan- oder ähnliche Feier „patriotischen“ Genres lieber ist, versteht sich am Rande. Bekommt da doch die Honoration Gelegenheit zu brilliren und, gleichviel ob auf ihre oder anderer Leute Unkosten, kann sie mehr oder weniger in Champagner sich gütlich thun. Ob das, was an solchen Feierlichkeiten alles zu Tage tritt, nicht mit größerem Rechte als läppisch, als Unfug bezeichnet werden kann, zumal man nicht selten Arbeiter zwingt, an denselben Feiern theilzunehmen, darüber wollen wir weiter nicht streiten. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß dieser Custos den Arbeit-

gebern zuruft, sie sollen „hart“ werden; das „Landgraf werde hart!“ was nach der Sage der Schmied in Ruhla beim Hämmern in den Hart brummte, und von dem „Custos“ wohl sein „Arbeitgeber werdet hart“ ableitet, halte freilich eine andere Bedeutung. Wenn auch die Solbschreiber eines Unternehmerthums wie es „Custos“ wünscht, den Arbeiterfeiertag herabzuhunzen sucht, er ist trotzdem und wird auch Zukunft gefeiert werden. Die Nachrichten aus allen Theilen Deutschlands besagen dies. Aus den Kreisen unserer Berufsgenossen sind allerdings nur vereinzelte Mittheilungen über stattgehabte Feier durch Arbeitsruhe eingegangen, so von Roffen, die den ganzen Tag, von Burggrub, die von Nachmittag ab feierten, in Ruhla, Moschendorf dasselbe, jedoch zweifeln wir nicht daran, daß dort, wo die Möglichkeit einer Feier durch Arbeitsruhe vorhanden war, der Tag seiner Bedeutung nach gefeiert wurde.

Die **Porzellanarbeiter Berlin** (es kommen hier nur Porzellan- und Galanteriemaler in Betracht) hielten Vormittag 10 Uhr eine Versammlung ab, an der sich 90 organisirte, 12 unorganisirte Kollegen, und einige Frauen und anderen Berufen Zugehörnde betheiligten, so daß gegen 120 Personen den Saal füllten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der „Gesangverein der Porzellanarbeiter“ deren Leitung in den Händen des bewährten Dirigenten **Suchsdorf** liegt, das Lied: „Empor zum Licht“ in ausgezeichnete Weise zum Vortrag.

Hierauf hielt Herr **Dr. Zadeck** einen Vortrag, aus dem wir Folgendes auch der weiteren Deffentlichkeit zugänglich machen.

Die alten Germanen feierten auch schon den 1. Mai, jedoch in wesentlich anderer Weise; sie benutzten den Tag um ihre Horden auszurüsten, womit sie andere Völkerschaften bekriegten. Wir feiern den 1. Mai, diese Feier soll eine Erklärung für den allgemeinen Völkerrfrieden sein. Allerdings soll die Feier des 1. Mai nicht nur ein Fest des Friedens sein, sondern die an diesem Tage stattfindenden Demonstrationen sollen auch eine Erklärung an die Bourgoisie bedeuten, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, auch gegen die Feinde und natürlichen Gegner der Arbeiterklasse zu kämpfen. Die Vorgänge im Parlament, die Schaffung neuer Zölle, das Bestreben alle Lasten auf den kleinen Mann abzuwälzen, ihm das Brod zu vertheuern hat gezeigt, daß dort unsere Feinde zu suchen sind. Im besonderen ist die Maisfeier eine Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit. Schon seit Jahren wird versucht mit Hilfe der Koalition, der Gewerkschaften, etappenweise die Arbeitszeit zu verkürzen, was eine Nothwendigkeit sei, im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterschaft. Als die Maschinen ihren Einzug in die Industrie hielten, war die Sucht der Besitzer der Maschinen vorhanden, die Arbeitszeit ins Ungemessene zu verlängern. Die Maschine, der „eiserne Arbeiter“ braucht aber keine Ruhe, ist sie abgenutzt, wird sie abgelöst durch eine neue, bessere. Der Gegensatz zwischen Maschinenbesitzer und Arbeiter dokumentirt sich am deutlichsten durch die Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit. In England, wo zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts die Maschine ihren Einzug hielt und Männer, Frauen und Kinder dadurch und durch die lange Arbeitszeit geschädigt wurden, kam es zu ersten Konflikten, und als weitere Folge war die Gründung der bekannten Trade-Unions zu verzeichnen.

Der Mensch ist eben keine Maschine, ob-

des Menschen ziemlich derselbe ist wie der Verbrennungsprozeß der Kohle, die als Speise der Maschine gegeben wird. Jedoch ist ein großer Unterschied zwischen der Maschine und dem Stoffwechsel im menschlichen Körper. Dieser erhält durch seine Anstrengung das Gefühl der Ermüdung und nur durch einen ausreichenden Schlaf wird die Ueberladung der Gewebe ausgeglichen, werden die „Schlacken“ durch den Kreislauf im Körper entfernt und bleibt ein aufs neue leistungsfähiger Körper zurück. Während also die Maschine keinen Schlaf braucht, muß der Mensch, gleichviel ob er körperlich oder geistig arbeitet, genügend solchen haben; ein Kind im zartesten Alter verbringt die meiste Zeit im Schlaf und auch nur solche Kinder können sich normal entwickeln, die genügend schlafen. Der jugendliche Arbeiter braucht demgemäß mehr Schlaf als der erwachsene, er muß mindestens 10—12 Stunden Schlaf haben. Wenn auch durch Annahme von Gesetzen, so auch jenem der letzten Session immerhin ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen sei, so existiren aber doch noch genug Uebelstände auf diesem Gebiet und 16 und mehr Stunden Arbeitszeit sei anzutreffen. Dadurch komme der Schlaf zu kurz, der Körper neigt zu Krankheiten, zu krankhaften Trieben, woran nur schuld ist, daß der Körper nicht genügende Ruhe durch Schlaf erhält.

Schlaf allein genügt aber nicht und die zweite Forderung des Hygienikers ist jene nach Erholung. Der Körper, die Nerven brauchen Erholung um das wieder auszugleichen, was im Laufe des Tages gegen den Körper gesündigt worden ist. Alle jene, die des Tags über an einer bestimmten Stelle stehen oder sitzen müssen, wodurch mancherlei Gefahren für den Körper entstehen, sie müssen Zeit zum Gehen, zur Erholung haben. Der Aufenthalt in geschlossenen Räumen, die oft gegenüber dem Raum zu dichte Besetzung durch Personen, zersetzt die Luft durch die Ausscheidungen des Körpers und oft sind Vergiftungserscheinungen dadurch unvermeidlich. Wenn weiter noch an die Berufskrankheiten gedacht wird, ebenso an die Berufsunfälle, die erwiesenermaßen am Schlusse der Arbeitszeit häufiger als am Anfang derselben vorkommen, so ergibt sich die unbedingte Nothwendigkeit, neben genügenden Schlaf, eine genügende Erholung.

Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit soll aber auch der Arbeiter in den Genuß einer besseren Lebenshaltung überhaupt kommen, wodurch wiederum alle Kreise Vortheil haben. Die Gewerbeinspektoren haben die Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung anerkannt und fordern für bestimmte Berufe, in denen giftige Substanzen verarbeitet werden, nur wenige Stunden Arbeitszeit und öfteren Wechsel der Arbeit. Bei Berufen, wo viel Staub entwickelt wird und dadurch die Lungenkrankheiten gefördert werden, ist ganz besonders eine Arbeitszeitverkürzung nöthig. Dann würde bei dem Arbeiter auch ein besseres Verständniß für Alles, insbesondere für Gesundheit und Lebenshaltung, die Folge sein. Der Redner führt einige Beispiele an, (Stahlfedernfabrik **Heinz** u. **Blankertz**, Holzbearbeitungsfabrik **Freese**), wo nach Einführung der verkürzten Arbeitszeit auf 8 Stunden bedeutend weniger Krankheits-tage zu verzeichnen sind. In England hatten die Maschinenbauer ein Alter von bei den Männern 38 1/4 bei den Frauen 37 1/2 Jahren erreicht, sieben Jahre später nach Einführung der verkürzten Arbeitszeit erreichten sie ein Alter, die Männer von 48 1/4 die Frauen von 43 Jahren.

Die Arbeiterklasse hat sowohl ein Recht, als auch die Pflicht, den Achtstundentag mit allem Nachdruck zu fordern.

Zusbesondere ist Redner der zutreffenden Ansicht, daß gerade die Porzellanarbeiter, infolge ihrer nicht ungefährlichen Beschäftigungsweise, alle Veranlassung haben, für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Er verweist auf die uns allen ja satfam bekannten häufigen Erkrankungen der Athmungsorgane und Sterbefälle in unserem Berufe, daß 60 % an Schwindsucht, 74,3 % an Erkrankungen der Athmungsorgane zu Grunde gehen.

Was haben wir nun für Mittel um die Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Die beste Waffe, womit wir dieselbe erkämpfen können, ist die Organisation, die gewerkschaftliche sowohl, als die politische. Der Redner appelliert an die dem Vortrag mit Aufmerksamkeit folgenden Versammelten, alles zu thun, um durch Stärkung der politischen Organisation, und hier kann nur die der sozialdemokratischen Partei in Frage kommen, zu ermöglichen, daß das Parlament zu sozialpolitischen Reformen geneigt gemacht, daß endlich auch der Achtstundentag gesetzlich eingeführt wird. Jeder solle die Zeit bis zum 16. Juni benutzen, hierfür zu agitieren, sich politisch organisieren.

Eine Diskussion wird von der Versammlung nicht beliebt; nachdem der Vorsitzende der Versammlung ebenfalls ermunternde Worte an dieselbe gerichtet, wird die unten folgende Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission einstimmig angenommen.

Der Gesangverein gab hierauf nochmals Proben seiner guten Schulung durch Vortrag insbesondere des Liedes: „Eidschwur am ersten Mai.“ Wir schließen unseren Bericht durch den Abdruck des betreffenden von Robert Seidel gedichteten und von C. S. Frey komponirten Liedes:

Das ist ein stolzes Mäuschen,
Vom Flügelschlag der Zeit,
Ein wonnenvolles Lauschen,
Am Herz der Menschlichkeit,
Das ist ein Frühlingswehen,
Wie keines traf die Welt,
Das ist ein Auferstehen,
Im Freiheitsaatenfeld.

Das ist ein lautes Schlagen
Ans Thor der Sklaverei.
Das ist ein zitternd Zagen
Im Schloß der Tyrannei;
Mit majestätischem Gange,
Im Schilde Licht und Recht,
Zertritt die goldne Schlange
Der neuen Zeit Geschlecht.

Da hebt sich jauchzend Rufsen
Vom Süden bis zum Nord;
Auf allen Tempelstufen
Der Menschheit schallt ein Wort:
„Acht Stunden allen dienen!“
„Acht Stunden täglich frei!“
Das ist der Arbeitsbienen
Eidschwur am ersten Mai.

O trage meine Muse,
Den Schwur zum letzten Stern,
Und auf beschwingtem Fuße
Der Zukunft lünde fern:
„Biel Großes ward geboren
Aus dunkler Armuth Schooß,
Doch nie hat sie erkoren
Ein solch gewaltig Los.“

O Tag des ersten Maien!
Du großer Weltentag!
Du Fest der Zukunftsfreien!
Der Menschheit Herzensschlag,
Ich preise Deine Ehre!
Ich singe deinen Ruhm!
Weit über Land und Meere
Erstehst dein Heiligthum.

Resolution:

Die heute, am 1. Mai, hier versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß sie unentwegt an den in der Maifeier zum Ausdruck kommenden Gedanken festhalten und wiederholen das feierliche Versprechen, für die Verwirklichung dieser Gedanken mit aller Energie einzutreten.

Vor allem bekunden die heute Versammelten, daß sie es nach wie vor als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, einzutreten für Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete, Schaffung eines ausreichenden, wirksamen Arbeiterschutzes, insbesondere für den Achtstundentag. Des weiteren versprechen die Versammelten, auch in Zukunft wie bisher nach besten Kräften das Band der internationalen Solidarität zu festigen, welche die Vorbedingung und die beste Garantie ist für den allgemeinen Völkerfrieden.

Die Versammelten bedauern die schwächliche Haltung der Regierung in der Zollpolitik auf das lebhafteste. Infolge der noch immer auf breiten Volksmassen lastenden wirtschaftlichen Krise mußte es Pflicht der Regierung sein, durch Abschluß von vorteilhaften Handelsverträgen dem Volke die notwendigsten Lebensmittel zu verbilligen. Die Annahme des Zollgesetzes bedingt eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Für dieses Verhalten sprechen die Versammelten der Regierung ihre entschiedensten Mißbilligung aus.

Die Versammelten fordern die Regierung auf, die Sozialgesetzgebung energisch zur Durchführung zu bringen, ohne Antastung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter, wie dieses in dem Entwurf der Regierungsvorlage zum Krankenversicherungs-Gesetz zum Ausdruck gekommen ist.

Die Versammelten protestieren energisch gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, der arbeitenden Klasse den Gebrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes zu beschränken und zu entreißen. Die Arbeiterschaft erhebt um so energischeren Protest gegen diese Maßnahmen, als die Unterdrückungs- und Gewaltmaßregeln sowie die weitgehendsten Organisationsbestrebungen des Unternehmertums gegen die Arbeiter zur Genüge darthun, daß die umfassendste Organisation der Arbeiter eine im Interesse der Sittlichkeit, Humanität und Kultur begründete absolute Nothwendigkeit ist. Die Versammelten sprechen ihre tiefste Entrüstung gegenüber den Richtern aus, die sich herbeigelassen haben, der Anweisung des Justizministers zu folgen und Arbeiter wegen Ausübung des Koalitionsrechts bei Streiks zc. auf Grund des § 153 der R.-G.-O. und der §§ 253, 43 des R.-St.-G.-B. zu verurtheilen.

Die Versammelten verlangen im Interesse der Rechtsprechung und der gesunden Fortentwicklung der Arbeiterorganisationen die Aufhebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung und Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit.

Aber eingedenk der Worte, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein kann, wird diese, unbeirrt durch die Maßnahmen ihrer Feinde, unermüdblich vertrauend auf ihre eigene Kraft, fortfahren, am Aufbau besserer Zustände für die Arbeiterschaft thätig zu sein. Auch wird sich dieselbe stets und mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß sie durch Klassengesetze und Klassenjustiz in ihren Rechten geschmälert wird.

Die Versammelten erklären ferner als ihre vornehmste Aufgabe, die Reaktion, die fecker und unverschämter denn je an der Arbeit ist, um jedes Vorwärtsdringen auf geistigem,

wirtschaftlichem und politischem Gebiete niederzubütteln, zu beseitigen. Dieses ist aber nur möglich, wenn alle Arbeiter am 16. Juni 1903 — dem Tage der Reichstagswahl — nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, welche im Parlament rückhaltlos und mit aller Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der allgemeinen Kultur liegen, vertreten hat, ihre Stimmen geben. Die Versammelten erklären nach wie vor die Vertreter der Sozialdemokratie ihres Vertrauens würdig und fühlen sich mit ihren Vertretern und deren Handlungen im Parlament eins.

Diese Ziele zu erreichen und zur Abwehrgestärkt zu sein, ist nur durch eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation möglich. Daher fordern wir mit allen Sonderorganisationen, nur die Centralisationen können in dem gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit den Versammelten zu ihrem Recht verhelfen! Die Versammelten sprechen allen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden ihre vollste Sympathie aus. In diesem Sinne weiter zu wirken, richten die Versammelten brüderliche Grüße an die zur Bekundung der Solidarität heute am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt!

— Der 11. Agitations-Bezirk, Borort Rahla, hielt am 29. März im Burgkeller zu Rudolstadt eine Vertrauensmänner-Konferenz ab. Es wurde Bericht über den Stand der zum Bezirke gehörenden Zahlstellen über die Agitation zc. entgegengenommen und geben wir im Folgenden das Wesentlichste daraus wieder.

In der Akt.-Ges. Porzellan-Fabrik Rahla sind beschäftigt 1000--1100 Arbeiter. Es gehören davon 214 unserer Organisation an und zwar vertheilen sich diese mit 124 auf Dreher und die übrigen in der Masse beschäftigten Branchen, einschließlich der Hilfsarbeiter, und 90 auf die Malerei und dazugehörenden Arbeitskräfte.

Bei den Drehern zc. tragen die Frauen von 22 Mitgliedern mit zum Unterhalt der Familie bei, 26 Mitglieder waren im Laufe des vergangenen Jahres krank mit 1357 Tagen, 119 Mitglieder hatten durch Arbeitsmangel zusammen 1197 Tage zu feiern, bezw. Ausfall des Verdienstes zu leiden. Verdienste wurden als niedrigster 14,64 Mk., als höchste 34,51 Mk. erzielt, im Durchschnitt 24,26 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Die Lehrzeit der Mitglieder differirt von 3 1/2 bis 6 Jahren, die große Mehrzahl hatte eine solche von 4 Jahren.

Bei den Malern trugen die Frauen von 18 Mitgliedern zum Unterhalt der Familie bei. 10 Mitglieder waren mit 432 Tagen krank, 21 Mitglieder waren zusammen 1085 Tage arbeitslos. Der niedrigste Verdienst war 13,80 Mk., der höchste 32,56 Mk., im Durchschnitt 19,36 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Die Lehrzeit der Mitglieder betrug bei der großen Mehrzahl 4 Jahre.

Bei der Firma Bauer u. Lehmann (Malerei) arbeiteten 24 Maler, wovon 21 der Organisation angehören, im Ganzen 25 Mitglieder, wovon 7 ledig und 18 verheiratet sind. Bei sieben Mitgliedern trug die Frau mit zum Unterhalt bei. 4 Mitglieder waren krank mit 142 Tagen. Die Lehrzeit betrug bei 18 Mitgliedern 4—5 Jahre. Der Durchschnittsverdienst betrug 21,22 Mk. Arbeitszeit 9 3/4 Stunden.

Die Fabrik C. A. Lehmann u. Sohn beschäftigt 27 Maler und 15 Dreher, 24 organisiert. Der Durchschnittsverdienst beträgt 20,90 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden.

In der Malerei Aug. Franke arbeiten Mitglieder, hier wird ein Durchschnitts-Verdienst von 17,62 Mk. erzielt bei 11 stündiger Arbeitszeit.

Es bestehen dann noch drei kleinere Malereien: Lange, Heinze, Baum u. Co., weitere Angaben über Arbeitsverhältnisse fehlen.

Zahlstelle Freienorla zählt ca. 30 Mitglieder. Der Verdienst schwankt zwischen 28 Mk. bei den Drechern, den Malern 21 Mk., den Gießerinnen 12—18 Mk. Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Sechs Wochen wurde im vergangenen Jahre „geleert“.

Zahlstelle Blankenhain zählt 54 Mitglieder, worunter 6 weibliche. Eine Lehrzeit von 12 Dreher und 17 Maler sowie Schleifer absolviert. Der Durchschnitts-Verdienst der Dreher beträgt 17,82 Mk., der Maler 17,62 Mk., der Brenner, Gießer zc. 14,46 Mk., Druckerinnen 9,28 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 10—11 Stunden. 260 Tage werden insgesamt von Arbeitern gefeiert. Der Geschäftsgang ist flau. Was sanitäre Verhältnisse anlangt, so wird bei Jakob Sichert zweimal gefegt und gescheuert. Der Wechsel der Arbeitskräfte ist ein großer. Bei Treybal u. Triebner wird zweimal gefegt und meistens naß nachgewischt. Nähernd 400 Porzellanarbeiter beiderlei Geschlechts sind hier beschäftigt.

Zahlstelle Schwarza zählt 50 Mitglieder, von 10 nicht in Porzellanfabriken beschäftigt sind. Bei Beyer u. Bock hatten die Dreher einen Verdienst von 22,50, die Maler 16,02 Mk. Bei G. u. A. Müller im flauem Geschäftsgange die Former einen Verdienst von 14,21 Mk., die Maler erzielten eine genügender Arbeit 16,78 Mk. Die Former bei G. u. A. Müller hatten eine 11stündige Arbeitszeit.

Die Zahlstelle Rudolstadt zählt 220 Mitglieder. Firma Schäfer u. Vater beschäftigt 24, H. Voigt in Schaala 42 Arbeiter, in diesen Fabriken werden Mitglieder nicht beschäftigt. An Durchschnittsverdienst wurde festgestellt bei den Volkstedter Firmen Reichert: Maler 19,40, Former 19,10, bei Kann u. Porzilius: Maler 18,38, Former 19,59, bei Carl Gns: Maler 20,80, Former 18,06 Mk.

Bei den Rudolstädter Firmen G. Böhne, Böhne: Maler 16,73, Former 18,59 Mk. Traub u. Comp. Maler 18,23, Former 16,74 Mk. Die Maler mußten öfter Ueberstunden (im Ganzen 1645) machen, während die Formern meist beschränkt gearbeitet wurde. Ueber sanitäre Verhältnisse konnte von Firma Eckert berichtet werden; dort wird alle Tage gefegt, jede Woche gescheuert, alle 4 Wochen Fenster gewaschen, ebenso alle es Waschbecken und Handtücher und jedes elektrisches Licht.

Der der in der Porzellanfabrik W. H. Städt beschäftigt Mitglieder erreichte Verdienst beträgt bei den Malern 12,40—22,42 Mk. bei den Drechern 17,50—23 Mk. Arbeitszeit 10 Stunden. In der Dreherei wird wöchentlich 3mal gefegt, gescheuert nicht; Malerei 3mal gefegt wöchentlich, im Jahre einmal gescheuert. Delgeld wird die Woche 2 Pfg. bezahlt. Von Burgau konnte der Vertrauensmann zur Konferenz nicht kommen, nach einem schriftlichen Bericht und dort ca. 40 Arbeiter beschäftigt, von denen 25 organisiert sind. Die Arbeitsverhältnisse dortselbst werden als gute gewertet. Es fand nun eine allgemeine Aussprache statt und kam man zu der Ansicht, daß die Agitation von Mund zu Mund die beste sei, jedoch soll auch für Vorträge

in geeigneten Versammlungen gesorgt werden; es wird eine dementsprechende Resolution angenommen. Auch bezüglich der Agitation für den Beihilfefond war man obiger Ansicht. Gewünscht wird, daß größere Zahlstellen nicht mehr in Gebrauch befindliche Bücher den Bibliotheken kleiner Zahlstellen überweisen. Im Schlußwort verweist der Vorsitzende auf die Thatsache, daß von den in Deutschland gezählten zirka 40 000 Porzellanarbeitern beiderlei Geschlechts nur ca. der fünfte Theil organisiert ist und schließt daran einen kräftigen Appell, alles zu thun um unsere Berufsorganisation im Interesse Aller zu kräftigen durch Gewinnung der uns Fernstehenden.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Treppen.** Lehrplan für das II. Quartal 1903. Montag: National-Ökonomie (Reichsfinanzreform und die Einkommenbesteuerung in Preußen); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard. Dienstag: Geschichte (Geschichte des Industrialismus im 19. Jahrhundert); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Freitag: Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Ökonomie: Montag, den 20. April; Geschichte: Dienstag, den 28. April; Rede-Übung: Freitag, den 24. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 1/2 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pfg.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40 a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7 a; Horsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstraße 20, Quergeb. II, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenstraße 50, zu senden. Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet der Arbeiterbildungsschule bei!

Versammlungsberichte etc.

Gotha. Die am 25. April stattgehabte außerordentliche Versammlung beschäftigte sich mit der Bekanntmachung des Hauptvorstandes über den Beihilfefond in Nr. 9 der „A.“ und dem Antrag Budau betreffs obligatorischer Einführung desselben für den Verband. Die Versammlung beschäftigte sich vor allem mit dem Antrag Farge. Derselbe wurde einer längeren Beratung unterzogen und erklärt die Versammlung einstimmig, den Antrag erforderlichen Falles in der kräftigsten Weise zu unterstützen. Als zweiter Punkt wurde über den Antrag Budau verhandelt. Ein Kollege beleuchtete den Antrag auch in der richtigen Weise; der Inhalt seiner Rede war ungefähr folgender: Der Antrag Budau wird niemals annehmbar sein, selbst wenn derselbe wieder gestellt werden sollte, was wir jedoch nicht hoffen. Die Zahlstelle Budau mag bei Aufstellung dieses Antrages vielleicht andere Gewerkschaften mit derartiger Institution dabei im Auge gehabt haben, aber sie hat dabei außer Acht gelassen, daß in jenen Berufen, z. B. die Buchdrucker, Holzarbeiter u. s. w., die ungelerten und weiblichen Arbeitskräfte theilweise sehr wenig, meistens noch gar nicht eingebracht sind, wohingegen gerade wir mit derartigen Verhältnissen sehr stark zu rechnen haben. Der Antrag Budau würde ferner zur Folge haben, daß das eigentliche Prinzip des Verbandes in den Sinter-

grund gedrängt würde. Die Er kämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen würde immer mehr schwinden, sowie die Zahl der Mitglieder selbst. Soll dem Beihilfefond geholfen werden, so muß vor allen Dingen eine planmäßige Agitation unter den jüngeren Mitgliedern entfaltet werden, der Zutritt einer größeren Anzahl solcher, würde dem Beihilfefond in Zukunft vor einer ähnlichen Verlegenheit, wie die jetzige, schützen und um denselben aus der gegenwärtigen Klemme einigermassen herauszuhelfen, wird der Antrag Farge wohl der beste sein. Vorwürfe gegen den Vorstand erachtet die Zahlstelle als nicht am Platze und ist der Ansicht, daß der Vorstand wissen muß, was dem Verband und Beihilfefond nützlich ist, sie bringt ihm Vertrauen entgegen. Zum Schluß erledigt die Versammlung Wahlangelegenheiten zur Zufriedenheit.

Magdeburg-Neustadt. Versammlungsbericht vom 28. April 1903. Die Tagesordnung lautete: 1. Beihilfefond, 2. Kartellbericht, 3. Verschiedenes. Zu 1. führt der Vorsitzende aus, daß der Beihilfefond selbst krank sei und der Hilfe dringend bedürfe. An der jetzigen Situation sei vielfach Schuld, daß man nicht rechtzeitig dem Rückgange der Kasse gesteuert hätte. Nach unserer Meinung trage jedoch hier die bestehende Sonderbündel die Hauptschuld und hätte man 1892 bei der Verschmelzung zum jetzigen Verband hier Wandel schaffen sollen, sodas auch nur eine Krankenkasse im Verband bestände. Von Budau sind einige Genossen anwesend. Dieselben beteiligen sich an der Debatte und nach ihrer Meinung sei ein dauernder Rückgang der Mitgliederzahl durch die obligatorische Einführung des Beihilfefonds kaum zu erwarten, sei doch durch die Gewährung von Krankenunterstützung ein nicht zu unterschätzender agitatorischer Moment gegeben. Ein anderer Redner hält jedoch das Experiment für sehr gewagt. Man könne auch, falls die obligatorische Einführung durch Mitgliederabstimmung beschlossen werde, die Wirkung noch nicht übersehen. Nützlich sei vielmehr, die Bestimmungen über zu weitgehende Ausnützung der Kasse zu verschärfen, wie der Bericht des Verbandskassirers beweise. Im Prinzip sei jedoch die allgemeine Versicherung im Beihilfefond zu empfehlen und sei es bedauerlich, daß so wenig Verbandsmitglieder die Vorteile, welche der Beihilfefond bietet, einsehen und dann, wenn die Noth da ist, durch bittere Erfahrung ihre Nachlässigkeit büßen müssen. In der Abstimmung über die Unterstützung des Antrag Budau wird derselbe mit 19 gegen 1 Stimme angenommen. Zu 2. giebt die Delegirte den Kartellbericht und entspinnt sich über das Verhalten hiesiger großer Gewerkschaften, dem Kartell gegenüber, eine längere Diskussion. Unter 3. werden für einen Kassenschrank 16,50 Mk. bewilligt und soll 1,50 Mk. beim Vorstand beantragt werden. Beschlossen wird, auf das, von der Kommission für Arbeiterstatistik herausgegebene Reichsarbeitsblatt, zu abonnieren. Von einer eigenen Mailfeier wird abgesehen und werden die Genossen an den Feiern der hiesigen Arbeiterschaft teilnehmen.

Marktredwitz. Protokoll von der am 4. April stattgefundenen Zahlstellenversammlung. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe 1/2 9 Uhr in Anwesenheit von 37 Mitgliedern. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden wie immer erledigt. Als zweiter Delegirter zum Gewerkschaftskartell wurde Genosse Fuhrmann gewählt. Der Dank von zwei hiesigen kranken Mitgliedern, welche Unterstützung aus dem Ueberfluß vom Ball erhalten haben, wurde entgegen genommen. Ein auf Reisen befindliches Mitglied vom Oesterreichischen Verband, Namens Teske aus Kolmar (Posen) erhielt Unterstützung durch Sammlung. Das Mitglied 30688 verbreitete sich des Längeren darüber, aus welchem Grunde ihm die Mitgliedschaft vom Hauptvorstand belassen wurde. Diese Angelegenheit wurde vertagt, bis Antwort vom Hauptvorstand eingelaufen ist. Der Antrag des Genossen Brühl, daß jedes auf Reisen befindliche Mitglied, welches 1 Jahr dem Verbands angehört 50 Pfg. freiwillige Unterstützung von der hiesigen Zahlstelle erhält, wurde einstimmig angenommen. Ferner unterstützte die Versammlung den Antrag einstimmig, daß jedes Mitglied, welches seine Karenzzeit hinter sich hat und gezwungen ist seinen Arbeitsplatz freiwillig zu verlassen, auch Unterstützung erhält. Schluß 1/2 12 Uhr.

Oberlind. Unsere erste ordentliche Zahlstellenversammlung wurde am 29. April abgehalten und war von allen Mitgliedern besucht, wir knüpfen hieran die Hoffnung, daß auch alle zukünftigen Versammlungen stets von allen Genossen ohne Ausnahme besucht werden. Nachdem 2 neue Mitglieder zur Aufnahme gelangten, wurde beschlossen, uns demnächst dem Gewerkschaftskartell zu Sonneberg anzuschließen. Bezüglich der Mailfeier wurde bestimmt, sich der am 8. Mai in Oberlind—Sonneberg stattfindenden anzuschließen.

Potschappel. Der am 18. April abgehaltene Zahlabend war leider sehr schlecht besucht. Genosse Schmieder giebt den Abschluß über das am 22. März abgehaltene Vergnügen bekannt. Die Stimmung be-

trug 195,56 Mk., dieser steht eine Ausgabe von 97,96 Mk. gegenüber und ist somit ein Ueberschuss von 97,60 Mk. zu verzeichnen. Genosse Schmieder stellt den Antrag, von den noch vorhandenen Geldern der früheren 5 Bg.-Kasse, 240 Mk. zuzusetzen und 100 Mk. auf der Sparkasse anzulegen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ueber die vom Vorstand herausgegebenen Fragebogen entspinnt sich eine rege Debatte. Sie bilden die Grundlage für die Verbandslisten. Wie soll aber ein solches genaues geschaffen werden, wenn in jeder Nr. der Uebersicht noch jezt eine große Anzahl von Zahlstellen aufgeführt werden muß, die Verbandslisten einzusenden. Nach Ansicht der Zahlstelle müßten doch die Verwaltungen bis zum festgesetzten Termin die erhaltenen Listen einlesen und gegen Mitglieder, welche sich weigern dieselben auszufüllen, vom Vorstand aus eingeschritten werden. Zu was soll diese Nachlässigkeit führen? Wie erheben die betreffenden Zahlstellen ihre Beiträge? Aus was für Gründen werden die Listen nicht ausgefüllt? Nur Mitglieder, die hintergedanken gegen die Organisation hegen, können sich gegen die Ausfüllung derselben sträuben. Der nächste Zahlabend findet beim Genossen Hempel, verbunden mit gemüthlichem Beisammensein am 16. Mai statt.

Wittenberg. In einer am Sonntag den 26. April, leider sehr schwach besuchten Versammlung, hielt der Verbandsführer Genosse Schneider einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“ Redner zeigte in seinem Vortrag, wie sich die Lage, besonders die der Porzellanarbeiter von Jahr zu Jahr verschlechtert. Immer mehr werden die gelernten Arbeiter durch weiblische und ungelernete verdrängt, so daß nach Jahren in unserer Branche kein gelernter Arbeiter mehr nötig sein wird. Die Arbeitslöhne werden hierdurch immer mehr heruntergedrückt. Ein Lohnkampf ist unter diesen Umständen nicht mehr siegreich durchzuführen. Diesem Uebelstande kann nur abgeholfen werden, wenn sich alles der Berufsorganisation anschließt. Es darf nicht gerücht werden, die weiblischen, sowie ungelerten Arbeiter für unsere Organisation zu gewinnen zu suchen, damit dieselben nicht mehr als unsere Konkurrenten auftreten, sondern gemeinsam mit uns Hand in Hand dem Unternehmertum gebührend entgegen treten. Als Beispiel, was eine straffe Organisation vermag, führte Redner die Maurer an. Dieselben haben nach Jahren eine bedeutende Aufbesserung ihrer Arbeitslöhne erlangt. Am Schlusse seines mit allseitigem Beifall aufgenommenen Vortrages wies Redner noch auf den 1. Mai hin und appellirte an die Anwesenden, denselben nach Möglichkeit, in gebührender Weise zu feiern. An den Vortrag schloß sich noch eine lebhafteste Diskussion.

Literarisches.

— **Die Vernichtung der Sozialdemokratie** durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, gegen ihre Lohnkämpfe und ihre Bemühungen zur Erhaltung sonstiger besserer Arbeitsbedingungen, hat der 12 000 Mark-Verband den Agitator der Freisinnigen, Fränkl, gewonnen, und dieser hat unter dem Namen Bürger in seiner Schrift „Soziale Thatsachen und sozialdemokratische Lehren“ die Irrlehren der Sozialdemokratie, besonders durch reichliches Zahlenmaterial zu widerlegen versucht. Die Schrift soll, auf Kosten der Unternehmer, in Millionen Exemplaren unter die Arbeiter geworfen werden und so wird bei den nächsten Streikbewegungen und besonders während des Wahlkampfes dieses „Material“ überall aufgeföhren werden. Der Verfasser der vorliegenden Broschüre hat nun dieses Nachwerk einer gewissenhaften Prüfung unterzogen und die Behauptungen von der zunehmenden Antheilnahme der Arbeiter am Nationalreichthum und der daraus gezogenen Schlussfolgerung, daß der Arbeiter mit seiner heutigen Lage wohl zufrieden sein könne, glänzend abgeföhrt. Durch das vom Verfasser gebotene reiche Material ist die Broschüre geradezu zu einem Handbuch zur Widerlegung der hauptsächlichsten Schlagworte unserer Gegner geworden. Der Einzelpreis ist 20 Pfg. Um die Verbreitung der Broschüre möglichst zu fördern, liefert der Verlag an Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, politische Vereine, Vertrauenspersonen etc. zu folgenden Preisen: 100 Stück 10 Mk., 500 Stück 40 Mk., 1000 Stück 75 Mk., 5000 Stück 350 Mk. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, zu richten.

Briefkasten.

Franz. Gratulire! Dachte schon, Du wärest in den Rhein gefallen und erlösen, weil kein Lebenszeichen kam. Gruß! — **Ch.** (ohne t). Auch Dein Auftauchen nach so langer Zeit macht Freude, bei Dir dachte ich, Du wärest Küster im Dom des heiligen Köln geworden. Höfentlich erfüllt sich Dein Wunsch bezüglich 16. Juni zur Erfüllung desselben

werden die dortigen Kollegen sicher tapfer beitragen. Aber Deinen Wunsch, den Bericht noch in dieser Nummer zu bringen, kann ich nicht erfüllen, in nächster Nummer. Gruß! — **G. St.** Ohne Nummer ist es schwer, den N. in der Stammliste aufzufinden. Sieh wenigstens an, ob und in welcher Zeit er dort in Eurer Zahlstelle war. Gruß!

Sterbetafel.

Berlin II (Rodach). Martin Schilling, geb. 30. 9. 1882 zu Rodach, gest. 29. 4. 1903 an Lungentuberkulose.
Düsseldorf. Paul Bandt, Maler, geb. 26. April 1858 zu Neutrausendorf bei Waldenburg in Schlesien, gest. 26. April 1903 an Kehlkopftuberkulose.

Jürstberg a. W. Adolf Wünger, geb. 18. 4. 1853 zu Freiburg in Schlesien, gest. 26. 4. 1903 an Lungenblutung. Letzte Krankheitsdauer 14 Tage. Derselbe war ein treuer Genosse.

Hirschau. Johann Weich, Dreher, geb. 8. 11. 1882 zu Hirschau, gest. 1. 5. 1903 an Lungentuberkulose. Krank seit 24. Januar bis 1. Mai. Er war ein eifriger Genosse des Verbandes und Beihilfefond.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Annaburg. Sonnabend, den 9. Mai, Abends 8 Uhr im Goldenen Ring.

Arzberg. Montag, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Blankenhain. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Bonn-Boppelsdorf. Sonntag, d. 17. Mai, Vormittags 9 Uhr bei Fahlender, Kasernenstr. 16. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Breslau. Sonnabend, den 9. Mai, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Charlottenburg. Sonnabend, den 9. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus.

Goldzig. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr, im goldenen Kreuz.

Giesberg. Sonnabend, den 9. Mai, Abends 8 Uhr im Gambinus.

Frankfurt-Offenbach. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Restaurant Bierheilig, Große Mittergasse 56, Sachsenhausen. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen, auch Bibliothekbücher bestimmt mitzubringen.

Geschwenda. Sonntag, 10. Mai, Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal. Vortragste sind bis dahin zu befehlen.

Gotha. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung.

Hahla. Sonnabend, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Erscheinen Aller ist Pflicht.

Kolmar. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Berch.

Köln-Chrenfeld. Die in voriger Nummer angezeigte Versammlung findet nicht Montag, den 11. Mai, sondern **Montag, den 18. Mai** statt und zwar im neuen Vereinslokal „Mausbach“, Schaafenstr. 4/6, Abends 8 1/2 Uhr.

Köppelsdorf. Montag, den 11. Mai, Abends 6 Uhr im Vereinslokal. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Langenliefen. Sonnabend, 9. Mai, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss.

Mannheim. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Restaurant zur Stadt Prag, Keppelerstr. 36.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 9. Mai, im Vereinslokal. Wahl eines Vorstehenden.

Potschappel. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr, Zahlabend bei Hempel. Nach Erledigung der Geschäfte „gemüthliches Beisammensein.“ Die Kollegen werden ersucht zur Würdigung sowohl des ernststen als heiteren Theiles, sämmtlich und pünktlich zu erscheinen.

Regensburg. Sonntag, 10. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr bei Dechant, Steinweg.

Schwarza. Sonnabend, 9. Mai, im Vereinslokal.

Suhl. Sonntag, 10. Mai, bei F. Siebelst in Heidersbach, wo alle zu erscheinen haben.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 9. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Unterpörlitz. Sonntag, 10. Mai, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss.

Weiden. Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Friedensfels. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu hohen Preisen
Otto Hamann, Neustadt t. C.

So schnell  **Werd ich bei jedem sein,**
der **GOLD** u. alle Abfälle
schickt zu **Hammermüller**
H.H. Bed. Nieder-Planitz i/ S. Zwickauer Str. 86

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Wäfel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angetauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtlm. 21.

 **Kauf Goldschmiedere und alle edlen Sachen.**
Otto Seifert
Zwickau S., Osterwaldr. 18

Alversgehofen-Grfurt.

Restaurant Rauchfuß, Nordhäuser Straße 6.

Allen geehrten Kollegen und Genossen zur Nachricht, daß ich vom 1. Mai ab, obiges Restaurant übernommen habe und ersuche die geehrten Genossen ergebenst, bei etwaigem Besuche von Grfurt mein neues Unternehmen mit zu unterstützen und mich zu ehren zu wollen. Für **ff. Bier und Speisen** stets Sorge getragen.

„Ameise“, Keramische Mundschau, Vorwärts etc. liegen aus.

Mit kollegialischem Gruß

Emil Müller (Wg.)

Verbandsmitglied.

Hernsdorf. Sonntag, den 10. Mai, feiern wir unser

Stiftungsfest

bestehend in Ball von 7 Uhr ab in der Centralhalle. Die umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlichst eingeladen.
Die Verwaltung.

Itzgrund. Ersuche die Mitglieder ihre Beiträge bis zum 9. dieses Monats zu entrichten, da der Abschluß bestimmt am 10. Mai fertig gestellt wird.
Der Kassirer.

Annaburg. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich am Sonntag, den 10. Mai den Quartalsabschluss bestimmt fertig stelle und müssen bis dahin alle Reste beglichen sein, event. Streichung erfolgt.
Der Kassirer.

Olgersburg. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich den Abschluß Sonntag, den 10. Mai bestimmt fertigstelle.
Paul Müller,
Kassirer.

Aufforderung.

Das Mitglied 30466 Paul Schmöhl von Annaburg schuldet der Zahlstelle Coburg ein Bibliothekbuch seit dem 1. Quartal 1902, und wird hiermit aufgefordert, dasselbe umgehend an unterzeichnete Verwaltung einzusenden. Diejenige Zahlstellen-Verwaltung, welchen der gegenwärtige Aufenthaltsort des p. Schmöhl bekannt ist, werden ersucht, gest. nach hier Mitteilung zu machen. Die Verwaltung der Zahlstelle Coburg.
Bruno Kürschner, Kasernenstr. 3.

Arbeitsmarkt.

Ein älterer erfahrener **Wappeldreher**, der in allem, auch Mustern bewandert ist, sucht so bald als möglich Stellung. Gest. Offerten unter Nr. 200 an die Redaktion.

Blauwalder,

gelbt in Zwiebel und Strohmuster sucht Stellung. Offerten M. Müller Eisenberg. „S. N.“ Lindengasse 26.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Richard Jahn, Charlottenburg, Rosenthalstr. 10.**
Druck u. Verlag: **Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.**